Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7448**

14. Wahlperiode 14. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dr. Klaus-W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5081 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/4688 (neu) –

Verkehrsbericht 2000
Integrierte Verkehrspolitik: Unser Konzept für eine mobile Zukunft

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/5317 –

Konzept für die zukünftige Finanzierung der Bundesverkehrswege

A. Problem

1. Die Antragsteller zu Nummer 1 haben einen Antrag unter anderem mit dem Ziel eingebracht, die Bundesregierung aufzufordern, die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans zügig durchzuführen und den fortgeschriebenen Bundesverkehrswegeplan noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen, umgehend Gesetzentwürfe für die Bedarfspläne bei Straße und Schiene sowie neu auch für die Bundeswasserstraßen vorzulegen sowie umgehend eine systematische Zukunftsplanung für den Erhalt, den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur zu erstellen und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorzulegen.
2. Die Antragsteller zu Nummer 2 haben einen Antrag unter anderem mit dem Ziel eingebracht, die Bundesregierung aufzufordern, bis spätestens 1. September 2001 unter Berücksichtigung des Berichtes der Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ ein Konzept für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu erstellen und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung der Anträge mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5081 abzulehnen,

2. den Antrag auf Drucksache 14/5317 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald	**Klaus Hasenfratz**	**Reinhard Weis (Stendal)**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Klaus Hasenfratz und Reinhard Weis (Stendal)

I. Überweisung

1. Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5081 in seiner 143. Sitzung am 18. Januar 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

2. Der Antrag auf Drucksache 14/5317 wurde in der 156. Sitzung am 9. März 2001 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

1. **Zu Nummer 1**
   Die Antragsteller haben den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/5081 unter anderem mit dem Ziel eingebracht, die Bundesregierung aufzufordern, die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans zügig durchzuführen und den fortgeschriebenen Bundesverkehrswegeplan noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen, umgehend Gesetzentwürfe für die mittlerweile abgelaufenen Bedarfspläne bei Straße und Schiene sowie neu auch für die Bundeswasserstraßen vorzulegen und umgehend eine systematische Zukunftsplanung für den Erhalt, den Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur zu erstellen und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorzulegen.

2. **Zu Nummer 2**
   Die Antragsteller haben den Antrag auf Drucksache 14/5317 unter anderem mit dem Ziel eingebracht, die Bundesregierung aufzufordern, bis spätestens 1. September 2001 unter Berücksichtigung des Berichtes der Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ ein Konzept für eine zukunftsorientierte Gestaltung der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu erstellen und dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

1. **Zu Nummer 1**
   Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 64. Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der PDS den Antrag abzulehnen.

   Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 99. Sitzung am 25. September 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und PDS den Antrag abzulehnen.

   Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 56. Sitzung am 4. April 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. den Antrag abzulehnen.

   Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 57. Sitzung am 14. März 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der F.D.P. den Antrag abzulehnen.

   Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Vorlage in seiner 53. Sitzung am 7. Februar 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion der PDS den Antrag abzulehnen.

   Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 63. Sitzung am 7. März 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P., den Entschließungsantrag abzulehnen.

   Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 69. Sitzung am 14. März 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, die Vorlage abzulehnen.

2. **Zu Nummer 2**

   Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 94. Sitzung am 4. April 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der F.D.P. und der PDS, den Antrag abzulehnen.

   Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Vorlage in seiner 52. Sitzung am 9. Mai 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und PDS, bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der F.D.P., den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage in seiner 64. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P., den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 88. Sitzung am 7. November 2001 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat die Vorlagen in seiner 67. Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten.

1. Der Antrag auf Drucksache 14/5081 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

2. Der Antrag auf Drucksache 14/5317 wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass die Bundesregierung – durch den Verkehrsbericht 2000 angeregt – verschiedene Maßnahmen anstrebe. Sie wies darauf hin, dass bereits viel zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur auf den Weg gebracht worden sei, was zunächst umgesetzt werden müsse. Für die Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans seien die Kriterien bekannt. Die von der Opposition geäußerte Kritik einer unklaren Finanzierung nach dem Jahr 2002 sei unzutreffend. Der Kritik, dass auch andere Methoden der Verkehrsfinanzierung entwickelt werden müssten, sei entgegen zu halten, dass von der Bundesregierung die Finanzierungsgesellschaft für Verkehrsinfrastruktur eingerichtet werde und die LKW-Maut in Planung sei. Die Forderung nach mehr Wettbewerb auf der Schiene sei grundsätzlich zutreffend und müsse fortentwickelt werden. Zu diesem Zweck sei eine Novellierung des AEG auf den Weg gebracht worden, die für mehr Wettbewerb sorgen werde.

Zu dem Antrag auf Drucksache 14/5317 wies die Fraktion der SPD darauf hin, dass eine Reihe von Maßnahmen und Projekten, die in dem Antrag von der Bundesregierung gefordert würden, bereits initiiert seien. Hinsichtlich der geforderten Umstellung auf Nutzerfinanzierung und Anwendung des Verursacherprinzips sei zu bemerken, dass mit der Einführung der streckenbezogenen LKW-Maut ein erster entscheidender Schritt eingeleitet worden sei. Zur Untersuchung der Möglichkeiten der Privatfinanzierung sei eine Projektgruppe eingerichtet worden. Ergänzend zum Gesetz für die Erhebung der LKW-Maut sei ein weiteres Gesetz in Vorbereitung, mit Hilfe dessen sichergestellt werden solle, dass die mit der Maut eingenommenen Mittel für eine Verbesserung der gesamten Verkehrsinfrastruktur eingesetzt würden. Damit werde versucht, die Schlussfolgerungen der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung weitgehend umzusetzen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bewertete den vorliegenden Verkehrsbericht grundsätzlich als Konzept für eine mobile Zukunft. Dem Bericht sei insoweit zuzustimmen, dass eine vernünftige Integration der Verkehre zu Wasser, zu Lande und in der Luft erforderlich sein werde, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten. Die Analyse zum Schienenverkehr, dass es bisher auf der Schiene keinen Wettbewerb gebe und eine Trennung von Netz und Betrieb zwingend notwendig sei, treffe zu. Allerdings bestehe noch Handlungsbedarf. Von den Vorschlägen aus dem Bericht der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung werde bisher nur die LKW-Maut umgesetzt. Die ursprüngliche Forderung von Bundesminister Bodewig nach einer echten Trennung von Netz und Betrieb der Bahn sei inzwischen wieder zurückgenommen worden. Die Einnahmen im Verkehrssektor müssten auf Grund der Finanzsituation unbedingt vollständig in den Verkehrsbereich zurückfließen, solange sich der Verkehr nicht selbst finanzieren könne. lnsbesondere müssten die Mittel, die durch die grundsätzlich nicht umstrittene LKW-Maut eingenommen würden, wesentlich stärker zugunsten des Straßenbaus bzw. der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung eingesetzt werden. Zum Thema Güterverkehr und der Forderung nach mehr Verkehr auf der Schiene sei anzumerken, dass diese Ziele in dieser Legislaturperiode nicht mehr erreicht werden könnten. Als Folge der momentanen Bahnpolitik befahre die Bahn nur noch die Strecken, die sich bei ihrer Monopolstruktur rechnen würden. Daher seien Initiativen erforderlich, durch die für die Bahn Wettbewerb entstünde. Bisher seien zu der im Jahre 1999 angekündigten Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans dem Ausschuss die anzulegenden Kriterien noch nicht mitgeteilt worden. Festgestellt werden müsse, dass die beschlossenen Maßnahmen im Bereich der Verkehrsinvestitionen in der Regel im Jahre 2003 endeten und eine Fortführung dieser Maßnahmen unklar bleibe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, der vorliegende Verkehrsbericht stelle eine gute Grundlage für die weitere Diskussion dar, jedoch seien einige Prognosen überholt durch die inzwischen eingetretene Verkehrsentwicklung. Die Prognosen im Güterverkehr wiesen stets 60 % Zuwachs im Gütertransport aus, was sich in der realen Verkehrsentwicklung im letzten Jahr nicht widerspiegele. Auch im Personenverkehr auf der Straße habe es im letzten Jahr rückläufige Zahlen gegeben. Um nicht auf eine Verkehrsgestaltung zu verzichten, müssten die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass die Verkehrsentwicklung in die gewünschte Richtung gesteuert werde und nicht umgekehrt die Verkehrsentwicklung als gegeben hingenommen werde und die Finanzierung der Infrastruktur sich dem anpassen müsse. Hinsichtlich der mittelfristigen Finanzierungssicherheit sei anzumerken, dass einerseits Unklarheit über die Einzelprojekte und andererseits auch Unsicherheit darüber bestehe, welche Mittel insgesamt nach dem Jahr 2003 zur Verfügung stünden. Im Bereich des Schienenbautitels sei besonders Planungssicherheit für die Zeit nach 2003 erforderlich, damit die DB AG Planungskapazitäten aufbauen könne. Sie wies darauf hin, dass im

Schienenverkehr, insbesondere im Güterverkehr auf der Schiene, mehr Wettbewerb erforderlich sei.

Die **Fraktion der F.D.P.** unterstrich, dass der Verkehrsbericht 2000 eine gute Grundlage darstelle, um erforderliche Maßnahmen zu erarbeiten. Man müsse sich aber mehr mit der Vernetzung und Verzahnung zwischen den Ballungszentren und den ländlichen Räumen beschäftigen. Zur Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn habe die Fraktion bereits Anträge gestellt. Anträge der F.D.P.-Fraktion für eine Nutzerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur seien abgelehnt worden. Inzwischen seien wenigstens im Bereich der LKW-Maut Fortschritte erzielt worden. Unklar sei, wie Vorhaben im Verkehrsbereich im Einzelnen finanziert werden sollten und welche Kriterien bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans zum Tragen kommen sollten. Unter den veränderten Bedingungen seit dem 11. September müsse im gesamten Verkehrsbereich mehr für die Sicherheit getan werden.

Die **Fraktion der PDS** betonte, dass sie den Verkehrsbericht als brauchbare Diskussionsgrundlage ansehe. Weiterer Diskussionsbedarf bestünde vor allem in dem Bereich der enthaltenen Prognosen und Perspektiven der weiteren Verkehrsentwicklung, da ein gewisses Verkehrswachstum als gegeben hingenommen werde und auf dieser Basis die Planungen realisiert würden, ohne richtungsweisend zu sein. Die Ansätze des Berichts zur Steigerung des Schienenverkehrs würden in der Realität nicht umgesetzt. Für den Bereich des Güterverkehrs sei darauf hinzuweisen, dass viele Unternehmen aus Kostengründen ihren Gleisanschluss nicht mehr nutzten und statt dessen Sondertransporte mit LKW durchführten.

Berlin, den 7. November 2001

Klaus Hasenfratz
Berichterstatter

Reinhard Weis (Stendal)
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333